



Befristungen: Die ständige Verwundbarkeit vor Augen

Nachricht von Susanne Ferschl, 05. September 2018

3,2 Millionen Beschäftigte arbeiten befristet. Im Vergleich zum Vorjahr haben befristete Beschäftigungsverhältnisse um 10,5 Prozent zugenommen. Der Anteil von Befristungen an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten liegt bei 8,3 Prozent. Noch nie waren Anteil und die Anzahl von Befristungen so hoch. Das hat die Bundesregierung in ihrer Antwort (PDF) auf die Kleine Anfrage von Susanne Ferschl eingeräumt.

Einen Hochstand mit 1,58 Millionen verzeichnen die sachgrundlosen Befristungen und zum ersten Mal gibt es mehr Befristungen ohne Sachgrund als mit Sachgrund (53%).

2017 wurden 42,3 Prozent (+2.7 %-Punkte) der befristet Beschäftigten übernommen und 32,8 Prozent (-3.1 %-Punkte) verlängert. Jeder vierte Befristete wurde nicht übernommen oder verlängert.

1.032 Millionen sind länger als 18 Monate und 300.000 länger als 37 Monate befristet beschäftigt. Für 60 Prozent aller befristeten Beschäftigungsverhältnisse werden noch vor Ablauf von 12 Monaten wieder beendet, die Hälfte davon,

665.000, nach sechs Monaten.

Im Vergleich zu 2012 gab es bei deutschen Befristeten einen Rückgang um 7,6 Prozent auf 2.420 Millionen und bei ausländischen Befristeten eine Zunahme um 60,7 Prozent auf 648.000.

Besonders hohe Befristungsquoten finden sich in den Branchen Kunst, Unterhaltung und Erholung (17.9%), Erziehung und Unterricht (17.7%) und Gastgewerbe (11.5%).

Dazu erklärt **Susanne Ferschl**, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

"Befristung bedeutet: Unsicherheit, materieller Mangel und ständig die eigene Verwundbarkeit im Beruf wie im Privatleben vor Augen. Befristete Arbeitsverhältnisse sind nichts anderes als die Verlagerung von Marktrisiken auf die Beschäftigten und eine Verlängerung der Probezeit.

Es ist ein Skandal, dass die CDU/CSU das Verbot der sachgrundlose Befristungen blockiert. Wenn es um Ordnung und Sicherheit geht spielt sich die CDU/CSU gerne auf - von ordentlichen und sicheren Arbeitsverhältnissen will sie im Interesse der Arbeitgeberlobby nichts wissen.

Wir brauchen eine Politik, in der Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen zentrale Ausgangspunkte für gute Arbeit und ein gutes Leben sind.

Es ist höchste Zeit, Befristungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren und sachgrundlose Befristungen ganz zu verbieten. Bei öffentlicher Finanzierung darf die Befristung der Haushaltsmittel kein Grund mehr für die Befristung von Arbeitsverträgen sein."

Ergebnisse im Einzelnen (PDF)

